REGION INITIIERT CLEARINGSTELLE FÜR MENSCHEN OHNE GÜLTIGE KRANKENVERSICHERUNG

Veröffentlicht am 24.09.2019 um 17:30 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Alle Menschen haben das Grundrecht auf Gesundheit
und medizinische Versorgung - unabhängig von Herkunft oder sozialer Situation. Doch nicht alle Frauen und Männer, die in der Region Hannover leben, haben einen gültigen Versicherungsschutz und somit Zugang zur medizinischen Regelversorgung. Besonders Obdachlose, Zuwanderinnen und Zuwanderer aus EU-Ländern oder Menschen in prekären Lebensverhältnissen sind davon betroffen. Zwar ermöglichen niedrigschwellige Versorgungsangebote von vor allem der freien Wohlfahrt in Hannover, aber auch des Gesundheitsamts der Region oder des Sozialpsychiatrischen Dienstes die medizinische Basisversorgung, doch sind weiterführende Behandlungen aufgrund der fehlenden Krankenversicherung oft nicht ohne weiteres möglich. Die Region Hannover will jetzt eine Clearingstelle einrichten, die Betroffenen hilft, bestehenden Krankenversicherungsschutz zu klären und Wege zu finden, an die Regelversorgung angeschlossen zu werden. Rund 170.000 Euro jährlich hat die Region für die Clearingstelle angesetzt, die zunächst als ein dreijähriges Projekt starten soll. Die Regionsversammlung hat dafür am heutigen Dienstag, 24. September 2019, grünes Licht gegeben."Viele Betroffene haben durchaus Ansprüche auf Leistungen einer Krankenversicherung, wissen es aber nicht und auch nicht, wie sie diese beantragen können. Das kann sehr kompliziert sein und Menschen überfordern. Die Clearingstelle soll ganz konkret dabei helfen, die individuelle Situation zu verbessern und den Zugang zum Regelsystem zu ebnen", berichtet Dr. Andrea Hanke, Dezernentin für Soziale Infrastruktur der Region Hannover. "Wir wünschen uns hier ein Modell wie beispielsweise in Hamburg, wo eine medizinische Grundversorgung insbesondere wohnungsloser Menschen von Krankenkassen, Land und Kommunen gleichermaßen finanziert wird." Die Gesundheitsdezernentin der Region, Cora Hermenau, fügt hinzu: "Oft suchen Menschen ohne klaren Versicherungsschutz erst sehr spät medizinische Versorgungsangebote auf, wenn Krankheiten schon weit fortgeschritten sind. Das macht die Behandlung komplizierter und die Gefahr besteht, dass Krankheiten chronisch werden. Die Clearingstelle soll hier ansetzen und frühzeitige Versorgung erleichtern."Geplant ist, dass eine sozialversicherungsrechtlich ausgebildete Fachkraft mit den Betroffenen den individuellen Anspruch ermittelt - von der Aufnahme in eine gesetzliche oder private Krankenversicherung bis zu Leistungen der Sozialhilfe oder nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Bei Bürgerinnen und Bürgern aus den EU-Ländern soll zum Beispiel mit den jeweiligen Generalkonsulaten geprüft werden, ob über das Herkunftsland noch eine Versicherung oder zumindest ein Versicherungsanspruch besteht. Außerdem soll eine zweite Fachkraft in der Clearingstelle zusätzlich die Betroffenen dabei unterstützen, Anträge zu stellen, andere medizinische und soziale Einrichtungen über die Zugänge zur Krankenversorgung beraten und bestehende Beratungs- und Versorgungsangebote vernetzen.Die Trägerschaft der Clearingstelle soll in die gemeinsamen Hände von Trägern der freien Wohlfahrtspflege gegeben werden. "Das ist sehr sinnvoll, da sich die vorhandenen niedrigschwelligen Versorgungsangebote der Träger schon so gut etabliert haben, sie gut miteinander vernetzt sind und vor allem die Betroffenen die Einrichtungen bereits kennen", erklärt Hermenau. Derzeit fahren etwa die medizinische Straßenambulanz des Caritasverbandes Hannover oder das Zahnmobil des Diakonischen Werks Hannover regelmäßig die Tagesaufenthalte und Notunterkünfte in Hannover an. Die Malteser Migranten Medizin hat eine ärztliche Notfallversorgung für Menschen ohne Krankenversicherung oder ohne Ausweispapiere. Beim Gesundheitsamt der Region haben unter anderem Frauen ohne gesicherten Krankenversicherungsschutz die Möglichkeit zur Schwangerschaftsvorsorge, während die Institutsambulanz im Kontaktladen "Mecki" eine regelmäßige medizinische Versorgung anbietet.Diese Angebote werden bisher durch Eigenmittel der freien Träger, Geld- und Sachspenden, freiwillige Zuwendungen und öffentliche Fördermittel wie von der Region Hannover und hohes ehrenamtliches Engagement getragen. "Jetzt gilt es, mit dem Land und den Krankenversicherungsverbänden gut ins Gespräch zu kommen und gemeinsame Lösungen zu finden, um den Menschen einen nachhaltigen Zugang zur medizinischen Grundversorgung zu ermöglichen", so Dr. Hanke.